



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Landesgruppe Thüringen



Perspektiven für den ländlichen Raum

Erklärung der Thüringer AfD-Landtagsfraktion und der Landesgruppe der Thüringer Bundestagsabgeordneten anlässlich einer gemeinsamen Klausurtagung in Berlin

4. Juli 2020

Mit großer Sorge blicken wir auf das Unvermögen von Thüringer Landesregierung und Bundesregierung, die im Vergleich zu den städtischen Ballungszentren teils gravierenden Defizite des ländlichen Raums Thüringens in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur und Versorgungsqualität zu beheben. Ungeachtet zahlreicher Transferleistungen, des Länderfinanzausgleiches sowie regionalpolitischer Förder- und Investitionskonzepte verfestigen sich die Unterschiede in den Lebensverhältnissen mehr und mehr.

Politische Ursachen für die letztendliche Ineffektivität solcher Bemühungen finden sich in der oft mangelnden Orientierung der Wirtschaftspolitik an den konkreten Gegebenheiten insbesondere strukturschwacher Räume. Diese wirtschaftspolitische Konzeptionslosigkeit drückt sich in fehlenden industriepolitischen Fördermaßnahmen zur Ansiedlung und zum Erhalt von Unternehmen und Unternehmensstrukturen aus. Nach wie vor konzentrieren sich die großen Betriebe, in denen Forschung und Entwicklung stattfindet und die als Magneten auf junge, gut qualifizierte Arbeitskräfte wirken, in den westdeutschen Metropolregionen. Während die strukturschwachen Regionen in Mitteldeutschland weiterhin als deren verlängerte Werkbank fungieren, zieht es viele gut ausgebildete junge Thüringer in den Westen, weil sie dort höhere Einkommen erzielen. Noch immer verdienen Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern rund ein Fünftel weniger als ihre Kollegen in den alten Bundesländern. Die mangelhafte Verdienstmöglichkeit im ländlichen Raum gilt als eine der Hauptursachen, warum sich Thüringen auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung mit dem Problem des Bevölkerungswegzugs konfrontiert sieht.

Der Thüringer Mittelstand als Rückgrat unserer heimischen Wirtschaft sieht sich durch immer neue Auflagen und bürokratische Pflichten sowie durch die seit Jahren steigenden Stromkosten stark belastet. Infolge einer politisch vorangetriebenen Akademisierung des Bildungswesens wird er außerdem vor erhebliche Nachwuchsprobleme gestellt, weil immer weniger junge Menschen eine klassische Lehre aufnehmen. Die Land-, aber auch die Forstwirtschaft, die das Gros der Arbeitsplätze im ländlichen Raum Thüringens stellen, sehen sich längst mit einem Höfesterben konfrontiert und müssen wieder in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Anstrengungen rücken.

Die Mittelzuweisungen aus den EU-Förderfonds wiederum vermögen die Mängel der Strukturpolitik des Bundes und des Freistaates nicht auszugleichen. So verlieren die strukturschwachen und damit vor allem die ländlichen Regionen Thüringens den Anschluss an die wirtschaftlichen Metropolregionen. Fehlende Arbeitsplätze, Abwanderung und ungenügende Investitionen sind längst zu einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale geworden, die sich immer schneller dreht. Der damit einhergehende Rückbau der öffentlichen Infrastruktur hemmt langfristig die Ansiedlung von Unternehmen, aber auch den Zuzug von Fachkräften und Familien. Von diesem Rückbau sind Arztpraxen, für die sich keine Nachfolger finden, ebenso betroffen wie die Filialnetze von Post und Sparkassen.

Die in der Bestandsaufnahme skizzierten Probleme drohen sich infolge der Corona-Pandemie und der verordneten monatelangen Betriebsschließungen, des Verbots von Restaurantbesuchen und der Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens weiter zu verstärken. Erinnert sei daran, dass ganze Branchen per Verordnung der Regierung vollständig lahmgelegt wurden und kulturelle Veranstaltungen aller Art nicht stattfanden und noch immer in nur höchst eingeschränktem Maße durchgeführt werden können. Insbesondere der ländliche Raum Thüringens, in dem zahlreiche Regionen auf den Tourismus als Einkommensquelle angewiesen sind, wurde durch den sog. „Lock down“ hart getroffen.

Vor diesem Hintergrund müssen der Strukturpolitik und der wirtschaftspolitischen Förderung eine stärkere Bedeutung gegeben werden. Der Staat ist außerdem angehalten, durch industriepolitische Maßnahmen für den Erhalt von Unternehmen und Arbeitsplätzen gerade im ländlichen Raum Sorge zu tragen. Eine Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, um neue Wertschöpfungsketten im Freistaat aufzubauen, ist unerlässlich.

Wir fordern von der Bundes- und von der Thüringer Landespolitik:

- die Aufhebung sämtlicher Beschränkungen, die im Zuge der Corona-Krise erlassen wurden und die zu steigender Arbeitslosigkeit, Einkommens- und Wohlfahrtsverlusten sowie tausenden Insolvenzen geführt haben und noch führen werden;
- ein Bekenntnis zur Technologie des Verbrennungsmotors und politische Rückendeckung für unsere Automobil- und Zulieferindustrie. Die von der Bundesregierung im Rahmen des Corona-Konjunkturprogramms gewährten Kaufprämien allein auf elektro- bzw. hybrid- und brennstoffzellenbetriebene Fahrzeuge unter Ausklammerung des Otto- und Dieselmotors sind Ausdruck einer industriefeindlichen Ideologie, die der deutschen Schlüsselindustrie und unserem Wohlstand schadet;
- eine deutliche Reduktion der Strompreise, kurzfristig durch eine Senkung der Stromsteuer und mittelfristig durch den Ausstieg aus der sogenannten Energiewende und durch Neuordnung der nationalen Energiepolitik durch technologieoffene Forschung und unter verstärktem Einsatz insbesondere von Gaskraftwerken;

- eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zur Aufteilung der Gemeinschaftssteuern zugunsten der Länder und Kommunen mit dem Ziel, dass die Finanz- und Aufgabenverantwortung wieder zusammenfallen, zur Absenkung der Gewerbesteuer, zur Senkung der Körperschaftsteuer und zur Umgestaltung des Körperschaftsteuerrechts, sodass sie am Orte der Wertschöpfung erhoben wird, zur über die Dauer des Corona-Konjunkturprogramms hinausgehenden langfristigen Senkung der Mehrwertsteuer, zumal deren nur kurzfristige Absenkung viele Unternehmen durch die Umstellungskosten erheblich belastet, sowie zur Absenkung der Grunderwerbssteuer für den Ersterwerb einer selbst genutzten Immobilie;
- verstärkt Bundesbehörden in den neuen Bundesländern anzusiedeln und damit attraktive, hochqualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen und zugleich mit einer Änderung des Vergaberechts öffentlichen Stellen und Behörden bessere Möglichkeiten zu eröffnen, um Unternehmen vor Ort zu fördern;
- für die Stärkung des heimatnahen Tourismus' das kulturelle Erbe Thüringens zu erhalten und dafür eine auskömmliche Finanzierung durch den Bund und das Land sicherzustellen;
- durch Rahmenvereinbarungen mit Fahrdiensten, Taxigenossenschaften, Krankenkassen und den Kommunen sowie einer Subventionierung des ÖPNV die flächendeckende Mobilität und die Anbindung von Umlandgemeinden an die Zentren sicherzustellen;
- auf die Kostenfreiheit der Meisterausbildung hinzuwirken, um einem Fachkräftemangel entgegenzutreten und die Attraktivität der jetzt noch teuren Meisterausbildung gegenüber dem gebührenfreien Universitätsstudium aufzuwerten;
- durch alle möglichen und geeigneten Maßnahmen die medizinische Versorgung sicherzustellen, wobei ein Teil der Medizinstudienplätze durch eine „Landarztquote“ den Studenten vorbehalten bleiben soll, die nach Abschluss des Studiums ihren Lebensmittelpunkt in ländlichen Regionen Thüringens haben werden;
- sich für einen flächendeckenden Breitbandausbau zur Versorgung auch des ländlichen Raumes mit schnellen und zeitgemäßen Internetverbindungen einzusetzen, damit Unternehmen im ländlichen Raum von der Entwicklung der Digitaltechnologie nicht abgehängt werden, und sich eine Gründerszene im IT-Bereich entwickeln kann;
- für eine Regionalisierung und Renationalisierung vitaler und für den Erhalt der öffentlichen Sicherheit und der Gesundheitsfürsorge unerlässlicher Industrien, insbesondere der aktuell von EU-Struktur- und Landwirtschaftsfonds abhängigen Landwirtschaft, einzutreten, um die deutsche Wirtschaft und das Staatswesen unabhängig von internationalen Lieferketten zu machen, und
- sich für eine sofortige Aufhebung der Russlandsanktionen einzusetzen, die unseren Unternehmen neue Absatzmärkte erschließen und an traditionelle Handelsbeziehung anschließen lässt.